

„Wir brauchen ein geschlossenes Maßnahmenpaket“

Überraschend harmonisch verlief ein Streitgespräch zum Kraftwerksbau und dem geplanten Energiekonzept der Bundesregierung, zu dem E&M Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena), und Michael Ritzau, Geschäftsführer der Aachener BET, eingeladen hat. VON RALF KÖPKE UND JAN MÜHLSTEIN

E&M: Herr Kohler, eine Laufzeitverlängerung für die bestehenden Kernkraftwerke zeichnet sich ab, der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung steigt weiter. Sehen Sie trotzdem noch eine Stromdeckungslücke, mit der die dena im vergangenen Jahr vor allem für neue, moderne Kohlekraftwerke geworben hat?

Kohler: Wir haben eine Effizienzlücke definiert, die dadurch entsteht, dass alte ineffiziente Kohlekraftwerke länger laufen müssen, wenn keine neuen Kraftwerke auf Kohle- und Erdgasbasis gebaut werden. Wenn die Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rund 20 000 Megawatt für acht oder mehr Jahre im System bleiben, dann verschiebt sich auch der

Das ist für uns eine der Hauptgründe neben dem Akzeptanzproblem, warum im Augenblick keine weiteren Kohlekraftwerke mehr gebaut werden.

„Die neuen Kohlekraftwerke können derzeit nicht wirtschaftlich betrieben werden“

E&M: Das ist jetzt kein Widerspruch zur Effizienzlücke, von der die dena spricht.

Ritzau: Ob wir wirklich neue Kohlekraftwerke brauchen, hängt vor allem von den energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Wenn es beim derzeitigen Strompreisniveau und der Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien bleibt, so wie es im

fehlen: Steinkohlekraftwerke laufen mit einer jährlichen Ausnutzung von 4 800 Stunden, und das ist eindeutig nicht Grundlastbereich. Steinkohlekraftwerke werden heute ausschließlich im Mittellastbereich eingesetzt. Wir sprechen nicht von Braunkohle-, sondern von Steinkohleanlagen. Dass bei dem heutigen Strompreis niemand ein Kohlekraftwerk bauen will, bewerten wir negativ, denn dadurch werden Innovationen im Kraftwerksbereich und neue Kraftwerke selbst verhindert. Gestärkt werden so nur die Befürworter der Laufzeitverlängerung.

Ritzau: An zwei Stellen muss ich widersprechen: Die Kraftwerksstatistik stimmt, aber das trifft nicht den eigentlichen Kern. Derzeit gibt es noch kein einziges neues Steinkohlekraft-

lastbereich laufen zu lassen, da sie dort als Regel- und Reservekraftwerke ihr Geld verdienen können. Im Grundlastbereich in Konkurrenz zur Atomenergie und der Braunkohle sehe ich keine wirtschaftliche Basis.

„Die Politik muss eindeutig definieren, was sie mit der Atomenergie machen will“

E&M: Die neuen Kohlekraftwerke werden doch auch deshalb nicht gebaut, weil den Betreibern die Investitionssicherheit fehlt. Was muss die Regierung an Instrumenten im Energiekonzept festschreiben, um die Versorgungssicherheit zu garantieren?

Kohler: Die Politik muss eindeutig

allem dazu kommt, müssten Anreize geschaffen werden, um alte, ineffiziente Anlagen vorzeitig aus dem Markt zu nehmen, denn sonst macht das alles überhaupt keinen Sinn.

E&M: Weil dann keine neuen Spielräume für den bisher fehlenden Wettbewerb unter den Stromerzeugern entstehen?

Ritzau: Durch das Festhalten am bislang geplanten Atomausstiegsgesetz werden meines Erachtens genau solche Spielräume für neue Investitionen geschaffen, und es wird dadurch auf natürliche Weise Wettbewerb generiert. Hier wäre jede Laufzeitverlängerung kontraproduktiv, das hat auch die Monopolkommission sehr überzeugend in ihrem Gutachten dargelegt. Der Margenvorteil der eta-



Michael Ritzau: „Wenn es beim derzeitigen Strompreisniveau und der Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien bleibt, dann sehen wir in erster Linie einen Zubaubedarf für hochflexible GuD- und Speicherkraftwerke“



Stephan Kohler: „Wenn die Atomkraftwerke für acht oder mehr Jahre im System bleiben, dann verschiebt sich auch der Bedarf an neuen effizienten Kohle- und Erdgaskraftwerken auf einen Zeitpunkt nach 2020“

Bedarf an neuen effizienten Kohle- und Erdgaskraftwerken auf einen Zeitpunkt nach 2020.

E&M: Herr Ritzau, im Gegensatz zu Herrn Kohler sehen Sie keinen Bedarf für neue Kohlekraftwerke und nehmen stattdessen den Weiterbetrieb der alten, ineffizienten Kraftwerke in Kauf. Ist das mit den CO₂-Minderungszielen der Bundesregierung vereinbar?

Ritzau: Diese Position haben wir so nie vertreten. Nach unseren Abschätzungen werden wir bis 2015 eher ein steigendes Angebot an thermischen Kraftwerken haben denn einen Rückgang. Zudem sind oder werden mittlerweile etliche Kraftwerke, die so an die 20 Jahre alt sind, retrogefit. So kommen sie auf Wirkungsgrade von 40 Prozent und mehr. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass beim heutigen Strompreisniveau und den daraus resultierenden Spreads zwischen Kohlepreisen, Emissionskosten und Stromerlösen die neuen, sehr teuren Kohlekraftwerke derzeit nicht wirtschaftlich betrieben werden können.

Leitszenario des Bundesumweltministeriums vorausgesagt wird, und zudem die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert wird, dann sehen wir in erster Linie einen Zubaubedarf für hochflexible GuD- und Speicherkraftwerke. Notwendigkeiten für neue Steinkohlekraftwerke im Grundlastbereich – außer bei signifikanten KWK-Anteilen – können wir nicht ausmachen, zumal die Grundlast eindeutig zurückgeht.

Kohler: Einspruch. Die Aussage, dass die Zahl der fossilen Kraftwerke bis 2015 ansteigen wird, kann ich überhaupt nicht teilen. Die derzeitigen Neubauprojekte führen gerade mal dazu, dass wir bei der heutigen Kapazität im konventionellen Bereich bleiben. Und was die zweite Aussage angeht: Ich rede über die Kraftwerke, die heute im System sind, die 40 oder 45 Jahre alt sind und einen Wirkungsgrad von 33 beziehungsweise 34 Prozent haben, und nicht über die 20 Jahre alte Anlagen, bei denen ein Retrofit vorgenommen wird. Und dann kann ich noch einen Blick in die Statistik emp-

werk in Betrieb, sondern nur die alten Kohlekraftwerke, die unstreitig für die Mittellast ausgelegt waren. Mit ihren hohen Wirkungsgraden und hohen Kapitalkosten rechnen sich die neuen Kohleprojekte aber nur dann, wenn die Spreads ausreichen, um sie im Grundlastbereich betreiben zu können. Das ist aber derzeit nicht der Fall, und darüber hinaus wird mittelfristig eben keine Grundlast benötigt. Das ist genau der Punkt, weshalb der übermäßige Zubau von Steinkohle in der Grundlast überhaupt keinen Sinn macht.

„Dass bei dem heutigen Strompreis niemand ein Kohlekraftwerk bauen will, bewerten wir negativ“

Kohler: Dann gibt es da zwischen uns einen Dissens: Wir sagen, dass alle Steinkohlekraftwerksbetreiber ihr Geld derzeit damit verdienen, dass sie im Mittellastbereich fahren. Es ist auch sinnvoll, diese Kraftwerke im Mittel-

definieren, was sie mit der Atomenergie machen will, denn das verunsichert die Märkte ungemein. Niemand weiß derzeit, ob und wie lange 20 000 Megawatt abgeschriebene Kernkraftleistung im System bleiben oder nicht. Wenn es zur Laufzeitverlängerung kommt, die ich nicht befürworte, dann besteht kein aktueller Bedarf mehr an neuen Kraftwerken, denn dann verschiebt sich die Neubaukurve bis ins Jahr 2020.

E&M: Herr Ritzau, sehen Sie die Notwendigkeit neuer Instrumente?

Ritzau: Auf jeden Fall. Von der Laufzeitverlängerung hängt die Zukunft des Kraftwerksmarktes hierzulande ab, keine Frage. Wenn man die Zahlen der dena unkomentiert übernimmt, bedeutet das, dass wir bei einer Laufzeitverlängerung eine eindeutige Überkapazität hätten. 20 000 Megawatt mehr im System bei einer Effizienzlücke von 10 000 bis 14 000 Megawatt bedeutet eine Überkapazität von 6 000 bis 10 000 Megawatt. Darüber hinaus wäre eine Laufzeitverlängerung eine klare Innovationsbremse. Wenn es aber trotz

blierten Erzeuger würde so groß, dass das Risiko für andere Erzeuger, in kapitalintensive Anlagen zu investieren, viel zu hoch wäre. Alles, was bislang vom Energiekonzept zu hören war, bringt uns nicht weiter. Das erscheint mir derzeit alles mit einer sehr heißen Nadel gestrickt.

„Es müssten Anreize geschaffen werden, um alte, ineffiziente Anlagen vorzeitig aus dem Markt zu nehmen“

Kohler: Ich finde interessant, dass jetzt über die berühmte Brücke diskutiert wird. Die frühere rot-grüne Bundesregierung hat eine Brücke bis zum Jahr 2022/2023 definiert, die aus meiner Sicht ausreichend ist. Wir haben am Markt gesehen, dass mit dieser Brücke die gewünschten neuen Kraftwerke angeschoben worden sind. Das Festhalten am vereinbarten Atomausstieg wäre aus meiner Sicht die richtige Antwort, um weiterhin einen zusätzlichen



Kohler: „Es ist notwendig, dass die Bundesnetzagentur Investitionsbudgets für die Netzbetreiber freigibt, um die Netze zukunftsfähig zu machen“



Ritzau: „Wir brauchen Anreize, um stromintensive Anwendungen in solche Zeiten zu verlagern, in denen es ein hohes Windangebot gibt“



Kohler: „Auf der Nachfrageseite, zum Beispiel im Gebäudebereich, bei elektrischen Anwendungen und im Mobilitätssektor, müssen wir deutliche Effizienzsteigerungen realisieren“



Ritzau: „Alles, was bislang vom Energiekonzept zu hören war, bringt uns nicht weiter. Das erscheint mir derzeit alles mit einer sehr heißen Nadel gestrickt“

Markt bei der Erzeugung zu schaffen. Und dann, davon bin ich überzeugt, gibt es auch neue Unternehmen, die in den Markt investieren. Mit einer Laufzeitverlängerung verschieben wir diese Marktöffnung.

E&M: Lassen Sie uns versuchen, einzelne Ziele der Politik abzuklopfen. Das Hauptziel ist die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um 30, vielleicht sogar um 40 Prozent. Reicht dazu der Emissionshandel als Steuerungsinstrument im Kraftwerksbereich aus, Herr Kohler?

Kohler: Für die Emissionsziele, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und dann minus 80, 90 Prozent bis zum Jahr 2050, ist der Kraftwerkssektor ein wichtiger Bereich, in dem der Emissionshandel auch greift. Ich sehe allerdings erhebliche Probleme in anderen Bereichen. Um das 40-Prozent-Ziel zu erreichen, bedarf es einer Verdoppelung der Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990. Hier müssen wir auf der Nachfrageseite, zum Beispiel im Gebäudebereich, bei elektrischen Anwendungen und im Mobilitätssektor deutliche Effizienzsteigerungen realisieren. Eine Verdoppelung der Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 bedeutet, dass wir

in den nächsten zehn Jahren jedes Jahr unsere Energieproduktivität um 3,3 Prozent steigern müssen – im Jahr 2009 hatten wir nur 1,6 Prozent, also gerade mal die Hälfte. Im Kraftwerksbereich reicht der Emissionshandel als Instrument aus. Bei der Energieeffizienz benötigen wir beispielsweise die Förderung durch das Gebäudesanierungsprogramm der KfW. Dieses Programm muss aufgestockt werden und nicht gekürzt, wie derzeit von der Bundesregierung vorgenommen. Hier werden falsche Signale gesetzt, die auch negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum haben.

„Die Politik muss massiv neue Instrumente anbieten“

E&M: Was ist mit der Kraft-Wärme-Kopplung?

Kohler: Beim KWK-Ausbau werden wir das angestrebte 25-Prozent-Ziel nicht erreichen, das ist heute schon klar. Um auch nur annähernd diese Quote und auch die Verdoppelung der Energieproduktivität zu erreichen, muss die Politik massiv neue Instrumente anbieten, um ihre eigenen Ziele realisieren zu können.

E&M: Herr Ritzau, was empfehlen Sie als Berater den Stadtwerken gerade im Bereich der Effizienz? Welche Instrumente, denken Sie, müsste die Politik anbieten, damit Unternehmen in diesen Bereich der Dienstleistung am Markt effektiv sein können?

Ritzau: Es muss ein Anreizprogramm geben. Außerdem muss die KWK-Förderung unbedingt weiterlaufen, weil man sonst die erwähnten Ausbauziele klar verfehlen wird. Wenn wir schon bei den Anreizprogrammen sind: Solch ein Förderprogramm muss es geben, damit innovative Dienstleistungen angeboten werden, wie beispielsweise intelligente Zähler, das heißt, es muss Anreize und Tarife geben, um die Nachfrage stärker nach dem Angebot auszurichten. Wenn man auf die langfristigen Ziele schaut, wird klar, dass wir eine stark volatile Einspeisung bekommen werden. Dieses Problem lässt sich nur dadurch lösen, dass viel flexible Kraftwerksleistung geschaffen wird. Für mich sind das in erster Linie Gaskraftwerke und dann Speicher, und als dritten Baustein brauchen wir Anreize, um stromintensive Anwendungen in solche Zeiten zu verlagern, in denen es ein hohes Windangebot gibt.

E&M: Herr Kohler, reicht es aus, dass die Politik den Einbau von Smart

Metern vorschreibt? Müsste sie nicht auch gleichzeitig dafür sorgen, dass die Netzbetreiber einen wirtschaftlichen Anreiz für die Steuerung der Leistung bekommen?

Kohler: Ich denke, in dem Zusammenhang ist es notwendig, dass man auch noch mal über die Aufgabe der Bundesnetzagentur diskutiert, die ja derzeit vornehmlich darin besteht, die Netzdurchleitungskosten möglichst geringzuhalten. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass die Bundesnetzagentur Investitionsbudgets für die Netzbetreiber freigibt, um die Netze, ich sage mal pauschal, 'zukunftsfähig' zu machen. Das betrifft das Smart Grid, das betrifft die Anbindung von Offshore-Windparks – denn wir brauchen den Aufbau des Offshore-Netzes – das betrifft aber genauso auch die intelligenten Zähler.

„Ich befürchte, dass es wieder nur um Partikularinteressen geht“

E&M: Meseberg war 2008. Dort ist ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm mit zahlreichen Maßnahmen entstanden, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Ein

Beispiel von vielen: Auf der einen Seite wird zur KWK-Förderung Contracting mit Eigenerzeugung gleichgestellt, auf der anderen Seite werden von Contractoren betriebene KWK-Anlagen einseitig mit der EEG-Umlage belastet. Erwarten Sie vom angekündigten Energiekonzept der Bundesregierung, dass dort Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden?

Ritzau: Genau diese Abstimmung ist eine ganz wichtige und wesentliche Voraussetzung dafür, dass ein Energiekonzept überhaupt wirkt. Das wäre tatsächlich auch etwas Neuartiges in der bundesdeutschen Energiepolitik. Ich befürchte allerdings, dass es wieder nur um Partikularinteressen geht. Es ist mir völlig unverständlich, wie die Bundesregierung die Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken isoliert von einem Gesamtkonzept entscheiden will. Ich halte das für grob fahrlässig und für das absolut falsche Signal.

Kohler: Meine Hoffnung, dass derzeit ein abgestimmtes Programm erarbeitet wird, schwindet gewaltig. Wer beobachtet hat, wie die Änderung der Solarvergütung in der aktuellen EEG-Novelle gelaufen ist, weiß, wovon ich rede. Die Reduktion um 16 Prozent in einem Markt, in dem es seit Monaten massive Preissenkungen für Photovoltaikanlagen gibt, sollte eigentlich für die Politik eine triviale Aufgabe sein. Mitnichten. Die Probleme, die auf uns zukommen, haben da eine ganz andere Dimension: Wie schaffen wir es, beispielsweise im Jahr 2020 rund 40 000 bis 45 000 Megawatt Photovoltaik ins System zu integrieren? Da geht es nicht nur darum, die Einspeisevergütung mal um zehn oder 16 Prozent abzusenken, sondern da geht es dann darum, wie wir einen Speicheraufbau initiieren können in der Größenordnung von 20 000 bis 25 000 Megawatt. Marktgetrieben werden heute keine Speicher gebaut. Eine andere Frage lautet, wie und wer sorgt für Versorgungssicherheit? Für diese Systemfragen brauchen wir ein geschlossenes Maßnahmenpaket. Das sind die Fragen, die im Energiekonzept beantwortet werden müssen.